



*"Wir müssen für die Freiheit planen und nicht für die Sicherheit,
wenn auch vielleicht aus keinem anderen Grund als dem,
daß nur die Freiheit die Sicherheit sichern kann."*

(Karl Popper)

FÜR EIN SICHERES UND EIN MENSCHLICHES SAARLAND

Die SPD Saar steht für Sicherheit – innere und soziale Sicherheit gehören für uns zusammen und bedingen einander. Geistige und tatsächliche Brandstifter sind eine Schande für unser Land und gefährden die Sicherheit der ganzen Bevölkerung. Niemand sollte Menschen unterscheiden nach Religion, Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Hautfarbe. Wir müssen unterscheiden zwischen den Menschen, die die Freiheit lieben und den Menschen, die diese Freiheit bedrohen.

Wir stehen für eine verantwortungsvolle Politik, die weder Angst schürt noch sich selbst von Panikmachern treiben lässt, sondern überlegt, faktenorientiert und angemessen zum Wohle der Menschen agiert. Wir wollen Sicherheit und Freiheit sichern, nicht das eine für das andere opfern.

Die innere Sicherheit muss nicht nur vom Staat für die Gesellschaft organisiert werden. So sehr Polizei und Justiz ihren Beitrag dazu leisten können, so müssen sich alle Menschen, die in Deutschland leben, an die hier gültigen Regeln halten und so zur inneren Sicherheit beitragen. Es ist auch im Interesse der überwältigenden Mehrheit der Geflüchteten in Deutschland, die unsere Sprache erlernen und sich integrieren wollen, dass wir die wenigen Verweigerer mit strenger Hand führen und Konsequenzen einleiten. Fehler, die im Zusammenhang mit dem früheren Zustrom der Gastarbeiter und deren Integration gemacht wurden, dürfen nicht wiederholt werden.

UNSERE FORDERUNGEN IM ÜBERBLICK:

- 1. Keinen erweiterten Einsatz der Bundeswehr im Innern.**
- 2. Einstellung von 110 Polizeibeamten jährlich.**
- 3. Verschärfung des Waffenrechts.**
- 4. Bessere Steuerung der Integrationskurse des Bundes.**
- 5. „Rote Linien“ für eine gelingende Integration:**
 - a) Keine Integrationsvereinbarungen als reine Scheinverträge.**
 - b) Burka und Nikab gehören nicht zu unserem Gesellschaftsbild.**
 - c) Wohnsitzauflage zur gerechten Verteilung und Planbarkeit.**
 - d) Mehr echte Angebote für eine erfolgreiche Integration.**

GEMEINSAM FÜR EIN SICHERES SAARLAND

Wir haben in Deutschland bereits jetzt scharfe und wirksame Anti-Terror-Gesetze. Und wir passen diese ständig an eine veränderte Sicherheitslage an. Schon heute kann Werbung für den „Islamischen Staat“ strafrechtlich verfolgt werden. Wir müssen in Zeiten einer angespannten Sicherheitslage zwar vorsichtig sein, aber wir dürfen uns unser alltägliches Leben nicht zerstören lassen. Das wäre genau das, was die Terroristen wollen und was sie niemals erreichen dürfen.

Problemlösung statt Populismus

Die Vorschläge der CDU-Innenminister lesen sich wie eine Liste gegen die Freiheit in unserem Land – und nicht für mehr Sicherheit. Es handelt sich im Wesentlichen um rein populistische Forderungen, die die berechtigten Ängste der Menschen in unserem Land nach den schrecklichen Vorfällen in den letzten Wochen nicht ehrlich aufnehmen, sondern für die eigene politische Profilierung ausnutzen. Dem stellt sich die SPD Saar vehement entgegen. Für mehr Sicherheit muss durch die frühzeitige Verhinderung von Anschlägen gesorgt werden.

Die Sicherheit in unserem Land lässt sich durch die Verschärfung der Anti-Terror-Gesetze allein kaum erhöhen. Wer das behauptet, streut den Menschen Sand in die Augen. Wirksamer Schutz muss das Augenmerk auf Fanatisierungsprozesse und insbesondere Gewaltlegitimierung oder -verherrlichung legen. Es ist vielmehr eine Stärkung von Präventionsmaßnahmen im Rahmen des geltenden Rechts notwendig. Rechtskräftige Entscheidungen müssen schneller vollzogen werden.

Einhundertprozentige Sicherheit kann es nie geben. Die durch unsere Demokratie garantierte Freiheit durch reflexhafte politische Schnellschüsse zu opfern, ist genau das, was die Feinde unserer Grundordnung erhoffen. Wir kämpfen darum für ein sicheres Saarland durch einen starken Staat. Wir wollen jedoch keinen Orwell'schen Überwachungsstaat. Unsere Freiheit ist ein hohes Gut, das es zu schützen gilt. Ohne Freiheit gibt es keine Sicherheit – und umgekehrt.

Bundeswehr im Innern – keine Aushöhlung des Grundgesetzes

Die deutsche Sicherheitspolitik ist durch die Trennung von innerer und äußerer Sicherheit geprägt. Diese Trennung besteht vor dem Hintergrund der historischen Katastrophe des Dritten Reiches aus gutem Grund. Sie steht für die SPD Saar nicht zur Disposition.

Die Streitkräfte können im Inland im Rahmen der Amtshilfe nach Art. 35 Abs. 1 GG bereits heute tätig werden. Solche Maßnahmen sind auf die technisch-logistische Unterstützung – unterhalb der Schwelle zum Einsatz – beschränkt. Die Flüchtlingshilfe ist dafür ein aktuelles Beispiel. Zwangsmaßnahmen und hoheitliche Befugnisse kann die Bundeswehr auf dieser Grundlage nicht ausüben. Ausdrücklich zugelassen ist im Grundgesetz der Einsatz der Streitkräfte im Innern zur Hilfe bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen. Das Vorliegen eines besonders schweren Unglücksfalls kommt auch bei terroristischen Großlagen in Betracht.

Diese Regelungen sind ausreichend. CDU und CSU missbrauchen den Terrorismus als Vorwand, um die Trennung von Polizei und Militär aufzuweichen. Die SPD Saar wird Einsätze der Bundeswehr im Innern über die bestehenden Möglichkeiten hinaus im Rahmen einer Änderung des Grundgesetzes nicht unterstützen.

Polizei und Justiz – 110 für die 110 und mehr Sicherheit

Die Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr im Innern ist eine Scheindebatte und eine Respektlosigkeit gegenüber den Polizistinnen und Polizisten in unserem Land. Jüngst hat der Einsatz der Polizei in München noch einmal gezeigt: Unsere Polizistinnen und Polizisten sind gut ausgebildet und können derartige Problemlagen kompetent bewältigen.

Eine Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr im Innern lenkt lediglich von der Erkenntnis aller Innenminister ab, dass in den letzten Jahren ein aus heutiger Sicht zu hoher Stellenabbau bei den Polizeien des Bundes und der Länder stattgefunden hat.

Wir brauchen einen starken Staat. Innere Sicherheit kann nur durch gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten gewährleistet werden. Deshalb werden wir eine Verlängerung des Polizeilichen Ordnungsdienstes (POD) nicht mittragen.

Wir müssen mehr Polizisten einstellen, in die Weiterbildung rund um die neuen Gefahrenlagen investieren und die Ausstattung der Polizei verbessern. Der Erhalt der Präsenz der Polizei in der Fläche steht für uns nicht zur Disposition. Ein starkes Saarland gewährleistet die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Da die Polizei in der aktuellen Situation aufgrund der Sparpolitik teilweise an ihre personellen Grenzen stößt, müssen jährlich 110 neue Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden.

Mehr Polizei bedeutet auch mehr Staatsanwälte und Richter. Dies ist notwendig, um eine effiziente und rechtsstaatlich abgesicherte Durchsetzung unserer Sicherheit zu gewährleisten. Staatsanwälte, Richter und Justizbedienstete müssen zur Verfügung stehen, um schnelle, faire und gründliche Verfahren durchführen zu können. Dementsprechend sind auch hier Personalanpassungen – nach oben – erforderlich. Wir brauchen fünf zusätzliche Staatsanwälte und Richter.

Bundespolizei – Aus- und Fortbildung in unserer grenznahen Region

Wir brauchen keine Bundeswehr im Innern, wir haben hierzu auch die Bundespolizei. Bei Fragen der Sicherheit in unserer Grenzregion kommt der Bundespolizei eine besondere Rolle zu. Die Bundespolizei sorgt für Sicherheit in Zügen, im Luftverkehr und an unseren Grenzen und trägt wesentlich zur Bekämpfung der organisierten Bandenkriminalität bei. Die Bundespolizei baut gerade eine Anti-Terror-Einheit auf, die im Falle eines Terroranschlages überall in Deutschland eingesetzt werden kann.

Auch die Bundespolizei muss personell und im Hinblick auf eine moderne Ausstattung stärker aufgestellt werden. Wir setzen uns daher für die Einrichtung eines Aus- und Fortbildungszentrums im Saarland ein, um so die Einsatzkräfte in den Ländern Rheinland-Pfalz und dem Saarland bestmöglich zu qualifizieren. Zudem wirken wir damit der Unterrepräsentanz von Bundesbehörden im Saarland entgegen.

Verschärfung des Waffenrechts – Jede Waffe hat ein Gefährdungspotential

Die Zahl der Antragstellungen für den sog. Kleinen Waffenschein hat im ersten Halbjahr dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 350 Prozent zugenommen. Die Bewaffnung der Bevölkerung ist jedoch keine angemessene Reaktion auf eine veränderte Sicherheitslage. Wir werden uns für eine Verschärfung des nationalen und insbesondere europäischen Waffenrechts einsetzen. Gleichzeitig müssen die Instrumente der staatlichen Stellen im Kampf gegen illegale Beschaffungswege verstärkt werden. In Deutschland ist eine Bewaffnung – auch mit Schreckschusswaffen – nicht notwendig, wir haben gut ausgestattete Sicherheitskräfte. Vor

diesem Hintergrund lehnt die SPD Saar Bürgerwehren strikt ab. Diese spielen den rechtsextremen Brandstiftern in die Hände und leisten keinen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit.

Fokus auf Prävention

Präventionsmaßnahmen gegen drohende Radikalisierungsprozesse, Abwertung und Hass anderer Menschen- oder Religionsgruppen sowie gegen zunehmende Legitimierung von Gewalt müssen ausgebaut werden. Eine Stärkung der Projektarbeit vor Ort ist unerlässlich. Bestehende Projekte müssen durch langfristige Finanzierung und Personalisierung verstetigt werden. Es bedarf der verstärkten Aufklärung über religiösen Fanatismus und jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit durch schulische und politische Bildung nicht nur bei Jugendlichen, sondern auch bei der Elterngeneration. Freunden oder Eltern müssen bei Bedarf kompetente Beratungsstellen zur Verfügung stehen. Erfolgreiche Aussteigerprojekte im Bereich Rechtsextremismus sind auszubauen und auf religiösen Extremismus auszuweiten.

In diesem Zusammenhang ist für uns klar: Nicht-deutsche islamistische Gefährder müssen schnellstmöglich ausgewiesen werden. Darüber hinaus soll Deutschen, die für eine terroristische Vereinigung kämpfen und mindestens eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden. Relevante Personen aus dem salafistischen Milieu müssen unter besonderer Beobachtung stehen. Wir sprechen uns für die temporäre Überwachung von Gefährdern mittels elektronischer Fußfessel aus. Zudem müssen für diese Personen verschärfte Meldeauflagen eingeführt werden.

GEMEINSAM FÜR EIN MENSCHLICHES SAARLAND

Wer aus seiner Heimat vor Krieg, Bürgerkrieg und Verfolgung fliehen muss, hat einen Anspruch auf Schutz. Unser Grundgesetz garantiert das individuelle Grundrecht auf Asyl. Es ist unsere Pflicht, die Schutzsuchenden aufzunehmen, sie menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen. Dies ist ein Gebot der Menschlichkeit.

Hierbei arbeiten wir mit zahlreichen Ländern dieser Welt eng und partnerschaftlich zusammen. Mit Besorgnis nehmen wir die aktuelle Situation in der Türkei und die daraus resultierende Anspannung unserer Partnerschaft zur Kenntnis. Auch in der Türkei müssen rechtsstaatliche und menschenrechtliche Grundprinzipien gewahrt werden, da die Verhandlungen über einen Beitritt zur Europäischen Union sonst ein abruptes Ende finden würden – und finden müssen.

Integration ist keine Einbahnstraße

Die Menschen, die zu uns flüchten, fliehen vor genau den Menschen, die unsere Freiheit bedrohen. Deshalb dürfen wir die Geflüchteten nicht unter einen Generalverdacht stellen. Dass die Menschen, die zu uns kommen, unsere demokratischen und freiheitlichen Prinzipien anerkennen, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die Grundpfeiler unserer solidarischen Gesellschaft wie das Grundgesetz, Meinungs- und Religionsfreiheit oder Gleichberechtigung stehen nicht zur Disposition.

Wir wollen, dass sich alle Menschen in Deutschland an Recht und Gesetz halten. Das gilt für Gewalt gegen Frauen ebenso wie für Gewalt gegen Minderheiten. Wer zu uns kommt, wird respektiert – und muss umgekehrt auch unsere Gesetze respektieren.

Steuerung der Integrationskurse des Bundes verbessern

Wir fordern den Bund auf, die Anzahl von Integrationskursen und berufsbezogenen Deutschkursen auszubauen und kurzfristige Kursantritte an allen Standorten zu ermöglichen. Eine Verbesserung der Steuerung und Anpassung von Angeboten auf die Nachfrage ist dringend erforderlich. Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sind eine unverzichtbare Voraussetzung für alle weiteren Maßnahmen zur Integration der Geflüchteten in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie die Gesellschaft.

„Rote Linien“ der SPD Saar für eine erfolgreiche Integration

Die beste Vorkehrung gegen Extremismus ist eine erfolgreiche Integration. Das bedeutet, dass gesellschaftliche Teilhabe tatsächlich und gleichberechtigt ermöglicht, jedem der Spracherwerb, der Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildungssystem und Kultur offen stehen muss. Regelungen zur Integration sind für uns nur unter bestimmten Voraussetzungen denkbar. Wer diese roten Linien überschreitet, wird die Unterstützung der SPD Saar nicht erhalten:

a) Integrationsvereinbarungen: Keine Scheinverträge ohne Sinn und Verstand

Sogenannte schriftliche „Integrationsvereinbarungen“ mit jedem Geflüchteten lehnen wir ab. Dies verkennt den besonderen Status von Geflüchteten gegenüber anderen Migranten. Selbstverständlich muss sich auch jetzt bereits jeder Flüchtling an geltendes Recht und Gesetz halten. Mehr als die Feststellung dessen und eine Aufzählung bestehender Maßnahmen kann durch solche Scheinverträge nicht geregelt werden. Sie stellen darüber hinaus einen hohen Verwaltungsaufwand für die bereits stark in Anspruch genommene Verwaltung dar und sind rechtlich umstritten. Derartige Vereinbarungen unterstellen den Geflüchteten einen grundsätzlichen Integrationsunwillen und leisten keinerlei positiven Beitrag zur tatsächlichen Integration.

Eine Unterschrift unter ein Dokument zu setzen, das bei Nichteinhaltung der krudesten Verpflichtungen die Abschiebung androht, ist zu einem Zeitpunkt, zu dem die Geflüchteten oftmals von ihrer Flucht erschöpft und zudem teilweise nicht ausreichend alphabetisiert sind, nicht zielführend. In der Praxis bliebe dem Flüchtling schlicht nichts anderes übrig als alles zu unterschreiben, was ihm vorgelegt wird.

Zudem sind diese Vereinbarungen reine Symbolpolitik und schlicht nicht notwendig. Durch die schnellen Aufnahme- und Registrierungsverfahren im Saarland wechseln die Geflüchteten im deutschlandweiten Vergleich sehr schnell in den Rechtskreis des SGB II. Dort gibt es in § 15 das Instrument der Eingliederungsvereinbarungen. Das sind schriftliche Vereinbarungen, die im Falle der Nichteinhaltung an leistungsrechtliche Sanktionen gekoppelt sind. Dieses existierende Instrument ist ausreichend. Für die SPD Saar sind solche Integrationsvereinbarungen politischer Populismus und in der Sache nichts anderes als Unsinn.

b) Burka und Nikab

Wir sehen Formen der Vollverschleierung als Zeichen der Unterdrückung der Frau, die in unserer freiheitlichen und emanzipierten Gesellschaft nicht toleriert werden sollten. Das Tragen der Burka oder Nikab gehört nicht zu unserem Gesellschaftsbild.

c) Wohnsitzauflage: Größere Planungssicherheit für Schulen und Kommunen

Vor dem Hintergrund einer gerechten Verteilung von Flüchtlingen brauchen wir eine Wohnsitzauflage. Anerkannte Asylberechtigte sollen somit für die Dauer von bis zu drei Jahren verpflichtet werden, ihren Wohnsitz in einer bestimmten Kommune des Saarlandes zu nehmen, um eine ausgewogene Verteilung sicherzustellen. Somit erhalten Schulen und Kommunen eine größere Planungssicherheit. Zur Ausgestaltung der Wohnsitzauflage müssen konkrete Kriterien

eingeführt werden, z.B. die Verfügbarkeit von Ausbildungs- und Beschäftigungsstellen. Auf diese Weise vermeiden wir eine Bildung von Brennpunkten und machen die Integration ein Stück weit planbarer.

d) Angebote: Mehr echte Integrationsangebote statt populistischer Scheindebatten

Anstatt die Flüchtlinge unterschreiben zu lassen, was sie alles tun müssen, sollten wir die konkreten Integrationsangebote des Staates nutzen, um die tatsächliche Integration zu unterstützen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Die Flüchtlinge wollen lernen und arbeiten.

Die bestehenden Kurse reichen bei Weitem nicht aus. Insbesondere Bildung dient als Mittel gegen Radikalisierung und zur Integration. Der Ausbau der Schulsozialarbeit und die Einrichtung eines Trauma-Zentrums für Geflüchtete sind notwendig; beides leistet einen maßgeblichen Beitrag zur psychischen Genesung traumatisierter Bürgerkriegsflüchtlinge.

Wir müssen vermeiden, dass eine Generation entsteht, die aufgrund ihrer Fluchtbiografie und fehlender Schulbildung, keine Möglichkeit zur Integration auf dem Arbeitsmarkt hat und auch deshalb kein selbstbestimmtes Leben führen kann. Das verhindert erfolgreiche Integration. Wir wollen daher Möglichkeiten schaffen, auch über das schulpflichtige Alter hinaus Schulabschlüsse nachzuholen. Hier muss der Bund im Rahmen seiner Zuständigkeit für diese Altersgruppe die Finanzierung sicherstellen.

Auch ist das Potential des ländlichen Raums bei der Integration von Geflüchteten zu berücksichtigen. Durch den persönlichen Kontakt mit den Menschen vor Ort – im Fußballverein, bei der Feuerwehr oder dem THW – werden Vorurteile abgebaut und die Fundamente für eine gelingende Integration gelegt. Die Integrationskräfte der dörflichen Gemeinschaft wollen wir einbeziehen, um die tatsächliche Integration der Geflüchteten zu unterstützen.

Fazit

Statt Geld, Zeit und Tinte für Scheinforderungen zu vergeuden, sollten wir unsere Aufmerksamkeit der tatsächlichen Integration der Geflüchteten widmen. Alles andere schadet einer seriösen Debatte über dieses wichtige Thema. Die Sicherheit der im Saarland lebenden Menschen und die Verteidigung unserer demokratischen Werte sind unsere Handlungsmaxime. Das ist unsere Überzeugung. Dafür steht die SPD. Für ein sicheres und ein menschliches Saarland.